

# Landesschülerrat – Mecklenburg Vorpommern

LSR MV  
Schillingallee 71  
18057 Rostock  
E- Mail: [info@lsr-mv.de](mailto:info@lsr-mv.de)



Rostock, der 17.04.2010

## **Positionspapier: Abitur nach 12 Jahren**

Seit dem Beschluss des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, das Abitur in 12 anstatt 13 Jahren zu absolvieren, zeichneten sich verschiedene Probleme ab. Der Landesschülerrat Mecklenburg-Vorpommern sieht sich in der Pflicht über diese Missstände zu informieren und setzt sich für entsprechende Verbesserungen in diesen Bereichen ein. Die Belastung der Schüler stieg in zunehmendem Maße an. Dies ist weder leistungs- noch zukunftsfördernd. Soziale Kompetenz und außerschulische Aktivitäten finden in dem momentanen System keine Berücksichtigung.

Der Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07. Juli 1972, der die Vergleichbarkeit und die Zugangsvoraussetzungen zu den Universitäten für alle Schüler Deutschlands regelt, ist nach Ansicht des Landesschülerrats überholt. Die beschlossene 265 Stundenregelung besagt, dass die Gesamtwochenstundenzahl addiert von Klasse 5 bis zur Vollendung des Abitur in 12./13. mindestens 265 Stunden betragen muss, um die Anerkennung in den anderen Bundesländern zu erhalten.

Der Landesschülerrat vertritt die Ansicht, dass 265 Stunden kein Qualitätskriterium sind, sondern lediglich eine quantitative Willkür. Daraus entsteht die Forderung an die Kultusministerkonferenz nach Kürzung der Wochenstundenzahl.

Mit sechs Haupt- und Nebenfächern in der Sekundarstufe 2 und die daraus resultierende 36 Stundenwoche, hat eine immense Belastung von Schülern hervorgebracht. Das Potenzial der Schüler

an außerschulischen Aktivitäten ist dennoch vorhanden, doch die dazu benötigte Zeit ist zu stark limitiert.

Es gilt diese hohe Stundenzahl zu verringern und die Wiedereinführung von Projektkursen voranzutreiben, um damit Kompetenzen die der allgemeine Unterricht nicht leisten kann zu fördern.

An dieser Stelle muss gesagt werden, dass mit der Begrenzung der gymnasialen Oberstufe von drei auf zwei Jahre, es notwendig geworden ist, die inhaltlichen Rahmenpläne zu optimieren. Der Versuch, schulinterne Rahmenpläne zu schaffen und den einzelnen Schulen damit zu ermöglichen, eigene Themenschwerpunkte zu setzen, hat die Erwartungen nicht erreicht. Zahlreiche Schulen übernahmen lediglich das Kerncurriculum in die eigenen Vorlagen und haben damit keine geforderte Differenzierung vorgenommen.

Weiterhin kann mit diesem System kein einheitlicher Standard auf Landesebene, geschweige denn auf Bundesebene erreicht werden, wie es vom Landesschülerrat Mecklenburg-Vorpommern angestrebt wird. Zudem wird durch schulinterne Rahmenpläne ein Schulwechsel zusätzlich erschwert, da jede Einrichtung ihre Lerninhalte unterschiedlich verteilt und es daher zum Ausfallen bzw. zur Dopplung von Themen kommt.

Infolgedessen müssen ständige Evaluationen zu inhaltlichen Schwerpunkten erfolgen, um Vergleichswerte zu schaffen, die der gezielten Überarbeitung der zentralen Vorgaben dienen.

Von weiterer Bedeutung ist, eine Verbesserung der Prüfungsvorbereitung zu erreichen. Daher fordert der Landesschülerrat die gezielte Eingrenzung der prüfungsrelevanten Themen. Der Unterricht muss daraufhin diesen Angaben angepasst und konkretisiert werden. Damit wird die Grundlage für effektiveres Lernen bezüglich der Prüfungen gewährleistet.

Die gymnasiale Oberstufe muss Schülern die Vorbereitung zum Studium vermitteln. Damit ist es von immanter Wichtigkeit, dass die Schüler notwendige Kompetenzen erlangen, um einen Hochschulabschluss zu erreichen. Dementsprechend muss Unterricht studienorientierter ausgelegt sein. Für Gymnasiasten wird das Erlernen von effektiven Lernmethoden verstärkt erforderlich und muss Bestandteil des Unterrichts sein.

Zu den wesentlichen Veränderungen, die eine Absenkung von 13 auf 12 Schuljahren bedingt, ist der fächerübergreifende Unterricht ein notwendiger Schritt. In der Theorie ist das Zusammenspiel zwischen Lehrern mit verschiedenen fachlichen Ausrichtungen sehr vereinfacht worden. Der Landesschülerrat stellt fest, dass kaum vernünftiger fächerübergreifender Unterricht in Mecklenburg-Vorpommern praktiziert wird, denn die Konstruktion des Unterrichts und die Vorbereitung entsprechen nicht gängigen

Standards, da die Ausbildung von Lehrkörpern oftmals die nötige Methodik nicht vermittelt, sich mit Kollegen auf fachlicher Augenhöhe zu begegnen. Ebenfalls darf es nicht sein, dass einzelne Unterrichtsfächer über die Maßen gehandelt werden, während andere zurückstehen müssen. Die Absprache der Fachlehrer muss verbessert und die Bereitschaft gefördert werden, inhaltliche Beschränkungen persönlichen Interessen vorzuziehen. So wird aus dem fächerübergreifenden Unterricht etwas Richtiges und Sinnvolles für die Schüler Mecklenburg-Vorpommerns.

Ein weiteres großes Problem für das gesamte Schulsystem ist der Schulbusverkehr. Mit der Gewissheit die größte Nutzergruppe des öffentlichen Personennahverkehrs zu sein, ist sich der Landesschülerrat durchaus der Tatsache bewusst, dass im Lande gespart werden muss. Dieses kann nur maßgebliche Unterstützung finden, dennoch stellt der Landesschülerrat die Forderung an die politischen und kommunalen Entscheidungsträger, das System Schulbusverkehr zu optimieren. Es ist nicht verantwortbar, dass Schülern übermäßig lange Busfahrten zugemutet werden, bevor das zuständige Transportmittel tatsächlich die Schule erreicht. Es ist in diesem Zusammenhang nicht mehr glaubhaft von Gleichbehandlung und Qualität in Schule zu reden, wenn Zugangsbedingungen wie diese vorherrschen.

Daran schließt sich der Apell die schnellst möglichen Verbindungen zu den Schulen, unter Berücksichtigung der neusten Erkenntnisse aus der Logistik, herzustellen (siehe Stern[fahrt]model).

Durch riesige Sammelbusse vergeudet das Land Mecklenburg-Vorpommern wesentliches Potenzial für unnötige Schulwege, welches für die soziale Entwicklung unserer Gesellschaft essentiell ist und damit das bereits oben genannte Argument wiederaufgreift, dass soziale Kompetenz und außerschulische Aktivitäten in dem derzeitigen System keine Berücksichtigung finden.

Weiterhin ist zu erwähnen, dass zahlreiche Schüler nach dem regulären Abitur, Zivildienst, Bundeswehr oder FÖJ absolvieren und erst mit 1-2 Jahren Verzögerung in den Arbeitsmarkt gelangen. Damit sind diese Schüler in der europäischen Konkurrenz immer wieder benachteiligt.

Der Landesschülerrat Mecklenburg-Vorpommern, sieht momentan in Deutschland, Bezug nehmend auf die Vielstaaterei im Bereich der Bildung und dem späten Einstieg in das Studium, den Verlust wertvoller Lebenszeit für angehende Hochschulabsolventen.

Mit Wiedereinführung des Abiturs nach 12 Jahren schloss sich eine Lücke für die Absolventen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die durch Überalterung der Schüler im Studium aus Europa entstand.

Daran anknüpfend eröffnet sich ein äußerst interessanter Aspekt der zukünftigen Entwicklung des Abiturs in Mecklenburg- Vorpommern sowie den anderen Ländern der Bundesrepublik. Dazu ein Blick nach Russland. Dort haben Schüler die Möglichkeit regulär das Abitur nach der 11. Klasse abzulegen. Auch wird die Zugangsberechtigung zum Studium in Deutschland ohne gravierende Probleme anerkannt. Damit ergibt sich den russischen Abiturienten der Vorteil, Schülern Mecklenburg-Vorpommerns um ein Jahr voraus zu sein. Auf diese Weise, würde sich die positive Konsequenz ergeben, frühzeitiger in das beginnende Arbeitsleben einzusteigen und somit ein Einkommensjahr mehr abzuleisten.

Es stellt sich die Frage: „Wo bleibt die Gerechtigkeit gegenüber den Schülern aus Mecklenburg-Vorpommern unter diesen Gesichtspunkten?“

Abschließend ist zu bemerken, dass das System des Abiturs mit 12 Jahren, so wie derzeit praktiziert, dauerhaft nicht zu verantworten ist. Zukünftig müssen Leistungen nicht hauptsächlich quantitativen Bewertungen unterliegen, sondern qualitativen. Schüler des Landes Mecklenburg-Vorpommern müssen weiter entlastet und Gymnasiasten gezielter auf das anstehende Studium vorbereitet werden. Es ist erforderlich, Lehrpläne wieder zentral einzuführen und vor allem diese wesentlich optimierter zu gestalten. In diesem Zusammenhang gilt es die Vorgaben für Abiturprüfungen weitgehend einzuschränken. Wichtigstes Ziel darf nicht mehr nur die Forderung, sondern vor allem die Förderung der Jugend sein.